

Möglichkeiten für das Land und die Wirtschaft

Die Unternehmer, die ums Überleben kämpfen müssen, dürfen die Beiträge eine Weile auslassen. In den verschiedenen Industriegebieten, wo es Kitas benötigt, die finanziellen Mittel zusammenlegen und eigenständige Kitas für ihre Mitarbeiter/-innen errichten. Die Gemeinden dürfen weiterhin die Gebäude zur Verfügung stellen. Die Kitas mit Übernachtungsmöglichkeiten ausstatten und dementsprechend auch das Personal. Da die Wirtschaft ja Fachkräfte braucht, werden die ja auch immer wieder Aus- und Weiterbildungen machen müssen. Der Staat wird nichts finanzieren. Das ganze Konzept Kita wird überholt. Das heisst, der Staat wird seinen Beitrag streichen und dafür das Sozialwesen neu aufbauen, dort investieren. Schwangerschaft: Genaue Aufstellung fürs Volk, damit nachvollziehbar ist, ob das mit den 15 Prozent auch stimmt. Unsere Wirtschaft hat genügend Geld. Es ist sehr gut möglich, bei den Managern weniger Boni zu bezahlen. Irgendwann muss auch die Wirtschaft zufrieden sein mit dem, was sie hat. Dann würde es auch weniger teure Häuser und Wohnungen im Land geben. Wenn die Eltern schon verzichten sollen, warum die anderen nicht auch? Damit die versteckte Armut in Liechtenstein nicht weiter zunimmt, ist es dringende Aufgabe der Regierung, die Mietpreise herunterzunehmen. Wenn die Regierung keine Steuerabgaben der Mieten möchte, da das dann auch Regierungsmitglieder selbst betrifft, soll sie endlich eine andere Lösung finden und nicht suchen. Denn die Meinung, dass die Mieten teurer werden, ist Schwachsinn. Umso teurer die Mieten, umso mehr wird an die Steuer bezahlt. Mit bezahlbaren Mieten wären die Finanzen des Sozialamtes auch wieder im Lot. Das Beste an der ganzen Sache wäre, die Bürger hätten wieder mehr Freude, zur Arbeit zu gehen. Denn sie hätten noch was vom Lohn. Die Eltern müssen nicht mehr warten, bis sie einen Kita-Platz bekommen. Das Sozialamt hätte mehr Geld für Projekte, die die IV nicht bezahlt und behinderten Personen aber helfen würden. So hätten auch behinderte Menschen eine für sie zugeschnittene Eingliederungsmassnahme und

müssten dies nicht unter «Wirtschaftliche Hilfe» beantragen, dass dann Tausende von Franken nachher als Schuld des Behinderten ausgewiesen werden. Die Bürger lachen vermehrt, gehen wieder vermehrt in die Wirtschaft und das soziale Leben kann sich somit steigern, denn das fehlt in Liechtenstein sehr. Pensionisten mit ihren knapp 40 000 Franken Einnahmen im Jahr müssen in einer 1- oder 2,5-Zimmer-Wohnung weilen, sind den ganzen Tag zu Hause und vermögen keine Ferien; bei IV-Bezüglern teilweise dasselbe. Vor allem Kranke, die auf die IV ein Jahr warten müssen und das Todesurteil vom Arzt schon bekommen haben. Kein Geld, um noch die letzten Monate zu geniessen. Solche Missstände müsste dann der Staat beheben, wenn er von den Kitas entlastet würde. Damit wäre allen Bürgern geholfen. Soll mir noch jemand sagen, dass dies nicht möglich ist.

Susanne Ospelt,
Badäl, Gamprin